



Wirtschaft in Mitteldeutschland 2024

Wirtschaftspolitische Positionen

Wirtschaftspolitische Positionen 2024

Energiesicherheit garantieren und Weichen für die Zukunft stellen!

Der mitteldeutsche Raum ist im hohen Maße durch energieintensive Industrien geprägt. Zu nennen sind hierbei das sogenannte Chemiesiedeldreieck rund um die Städte Halle (Saale), Merseburg und Bitterfeld, die mineralölverarbeitenden Werke in Böhlen, aber auch die großen Automobilproduzenten in Leipzig. Diese Industrien tragen durch Arbeitsplätze mit hohem Lohnniveau, entsprechend hoher Wertschöpfungsrate und beachtlichem Gewerbesteueraufkommen maßgeblich zum Wohlstand der Region bei.

Gleichzeitig sind diese Industrien genauso wie energieintensive kleine und mittelständische Unternehmen (z.B. Bäckereien, Wäschereien) zwingend auf eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. In den vergangenen Jahren ist die Sicherheit dieser energiepolitischen Parameter durch geopolitische Entwicklungen aber auch durch hiesige politische Entscheidungen in Frage gestellt worden. Politische Entscheidungsträger sind daher gefordert, Stabilität und Planbarkeit sowohl angebots- als auch nachfrageseitig im Energiemarkt zu garantieren. Angesichts des mittel- und langfristigen zunehmenden Energiebedarfs ist eine Nachfragereduktion nicht realistisch.

Angebotsseite

Mit dem schrittweisen Ausstieg aus Kohleverstromung, der Beendigung der Nutzung der Kernenergie und dem gleichzeitigen Stopp der Öl- und Gasimporte aus der Russischen Föderation reduzierte sich in Deutschland das Energieangebot drastisch, wodurch die Preise in den vergangenen gut zwei Jahren stark stiegen. Um das Energieangebot mittel- und langfristig zu erhöhen,

- müssen Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau Erneuerbarer Energien-Anlagen, für Energienetze (Strom, Gas, Wärme) sowie für Speicheranlagen weiter vereinfacht und verkürzt werden,
- muss Planungssicherheit hinsichtlich der Grundlastfähigkeit unseres Energiesystems garantiert werden (Bsp.: Kraftwerkstrategie des Bundes zur Förderung des Baus von wasserstofffähigen Gaskraftwerken).

Nachfrageseite

Hinsichtlich der Steuerung der Energienachfrage hin zu erneuerbaren Energien fordern die mitteldeutschen Kammern einen konsequenten Fokus auf Marktmechanismen wie den Europäischen Emissionsrechtehandel (ETS). Dieser deckelt die Menge ausstoßender CO₂-Emissionen und verhindert unverhältnismäßige Preise und Kosten, da er auf administrative Verbrauchssteuerung auf einzelwirtschaftlicher Ebene verzichtet. Vom ETS erfasste Sektoren dürfen keiner zusätzlichen CO₂-Vermeidungsmaßnahme bzw. -bepreisung zugeführt werden.

Die energiepolitische Wende zu erneuerbaren Energien muss zudem deutlich stärker international abgestimmt werden. Der ETS sollte – z.B. im Rahmen eines „Klimaclubs“ - auf außereuropäische Staaten – vor allem Groß-Emittenten wie die USA, China, Indien – ausgeweitet werden. Nur so können Zielkonflikte zwischen Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit (Klimaschutz) dauerhaft aufgelöst und die Wettbewerbsfähigkeit unserer international konkurrierenden Unternehmen gesichert werden. Gelingt dies nicht, wird Deutschland keinesfalls als „Musterfall“ im Sinne eines Vorbilds wahrgenommen werden, dem andere Volkswirtschaften nacheifern, und es bliebe ein spürbarer Entlastungseffekt beim CO₂-Ausstoß aus.

Auf nationaler Ebene müssen zur Senkung der Stromkosten

- Stromsteuer und Energiesteuer für Gas für alle Verbraucher auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden,
- Netzentgelte gedeckelt und zwischen den Regionen und Unternehmen fair verteilt werden.

Betriebliche Investitionsbereitschaft anreizen

Die betriebliche Investitionsbereitschaft verharrt seit Ende 2021 auf sehr niedrigem Niveau, was Anlass zur Sorge gibt. Das Ausbleiben wichtiger Investitionen in der Wirtschaft führt perspektivisch zu strukturellen Verwerfungen der Wettbewerbsfähigkeit unseres mittel-deutschen Standorts.

Ursachen für die Zurückhaltung liegen insbesondere in den hohen Kosten am Standort (v. a. Arbeits- und Energiekosten) sowie ungünstigen und unsicheren politischen Rahmenbedingungen begründet. Plötzliche Kurswechsel der Politik wie beim Gebäudeenergiegesetz, fachliche Fehler wie beim Klima- und Transformationsfonds oder parteipolitisches Taktieren wie beim Wachstumschancengesetz unterminieren das unternehmerische Vertrauen in die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen. Politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen sind daher aufgefordert, die Planbarkeit und Verlässlichkeit staatlichen Handelns in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Bei vielen, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen des mitteldeutschen Wirtschaftsraums ist durch die krisengeprägten letzten Jahre ein Rückgang des Eigenkapitals zu konstatieren. Die GRW-Förderung ist daher durch Bund und Länder auskömmlich zu kofinanzieren. Antragsstopps wie rund um den Jahreswechsel 2023/24 müssen künftig zwingend vermieden werden. Eine stärker produktivitätsorientierte Förderung ist im Rahmen der GRW sinnvoll. Breiter gefasste betriebliche Investitionsförderungen auf Landesebene sollten die GRW zudem auch künftig sinnvoll ergänzen.

Unternehmertum als Kern von Wirtschaft und Wohlstand begreifen!

In Deutschland gibt es 3,9 Millionen Selbständige, die mit ihrem Mut zur Eigenständigkeit und zum unternehmerischen Risiko gemeinsam mit ihren Mitarbeitern wirtschaftliche Werte schaffen und Wohlstand sichern. Der demografischen Entwicklung folgend, werden in den nächsten Jahren viele Unternehmer in den Ruhestand eintreten. Nicht in jedem Fall ist eine Nachfolge absehbar oder sogar gesichert. Ursache für den fehlenden unternehmerischen Nachwuchs sind zum einen die aktuell sehr guten Arbeitsmarktchancen für abhängig Beschäftigte. Zum anderen fehlt dem Unternehmertum in der gesellschaftlichen Wahrnehmung die Anerkennung, die es gerade für junge Menschen attraktiv machen könnte. Dazu kommt bei vielen Eltern eine mangelnde Akzeptanz einer dualen Ausbildung und späteren Aufstiegsqualifizierung bis hin zum selbstbestimmten Arbeiten. Zugleich lockt ein akademisches Überangebot an primär gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen eine wachsende Anzahl von Schulabgängern, so dass nicht nur Unternehmer zur Mangelware werden, sondern auch Absolventen technischer Studienrichtungen. Nicht wenige dieser Absolventen finden eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Die Beschäftigung dort hat in jüngerer Vergangenheit zu Lasten der Privatwirtschaft stark zugenommen. Trotz dort aktuell 5,2 Millionen Beschäftigten entsteht in vielen Unternehmen der Eindruck, der Staat könne seine Hauptfunktionen – öffentliche Sicherheit, gutes Bildungssystem, schnelle, unbürokratische Dienstleistungen – immer weniger gut erfüllen. Stattdessen steigen bürokratische Auflagen und Maßgaben.

Da alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes größtenteils aus dem Steueraufkommen der Selbständigen und ihrer Mitarbeiter finanziert werden, sind weiter steigende Belastungen durch zusätzliche bzw. höhere Steuern und Abgaben absehbar. Das verteuert Arbeit in Deutschland und macht sie unattraktiv gegenüber den Leistungen des Sozialstaates.

Das bedeutet: Der Fachkräftemangel in Deutschland beruht nur zum Teil auf demografischen Entwicklungen, vielmehr auch auf mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz des Unternehmertums und dualer Karrierewege sowie auf der Attraktivität unseres Sozialsystems und ferner auf einem ausufernden Beschäftigungsdrang des Staates selbst.

Bedeutsam wäre politisches Umsteuern: Die Sozialversicherungssysteme müssen zukunftsfähig gemacht werden, Bürgergeld und andere Sozialleistungen sollten nur wirklich Bedürftigen gewährt werden, die Migrationspolitik sollte auf die Einwanderung von gefragten Fachkräften fokussiert sein und die Schulen sollen junge Menschen fit machen für die Aufnahme einer Ausbildung unmittelbar nach der mittleren Reife.

Die betriebliche Nachwuchsgewinnung über die duale Berufsausbildung ist die wichtigste Quelle für Arbeits- und Fachkräfte. Sie gilt es seitens der Politik zu stärken und gegenüber akademischen Bildungswegen als gleichwertig zu positionieren.

Bisher ist zu wenig Änderungsbereitschaft auf der politischen Ebene, vor allem beim Bund, zu erkennen: Das aktuell diskutierte Rentenpaket etwa würde zu einer weiteren massiven Steigerung der Arbeitskosten führen und Schwarzarbeit fördern. Jüngste politische Verlautbarungen zum Bürgergeld und zum Mindestlohn sowie Diskussionen um verpflichtenden Arbeitszeitkürzungen oder 4-Tage-Wochen führen in Zeiten des Arbeitskräftemangels in die falsche Richtung.

Zur Gewinnung ausländischer Arbeits- und Fachkräfte braucht es ein gutes Standortmarketing im Ausland und einen Vorrang marktwirtschaftlicher Instrumente (Vergütung, Gestaltungsmöglichkeiten in Unternehmen) gegenüber immer neuen administrativen Vorgaben. Kommunen müssen bei der Unterbringung und Integration ausländischer Arbeitskräfte unterstützt werden. Landkreise und kreisfreie Städte in Mitteldeutschland sind wiederum gefordert, effektive und effiziente Beratungsstrukturen zu gewährleisten.

Für den mitteldeutschen Wirtschaftsstandort ist betriebliche Forschung und Entwicklung ein Schlüssel für wachsende Produktivität, um mit weniger Arbeitskräften mehr Wertschöpfung zu erreichen. Zum Umsteuern gehören deshalb auch bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in den technischen Fortschritt, in Digitalisierung und Automatisierung und künstliche Intelligenz. Die noch ausstehende Umsetzung des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Reallabore-Gesetzes kann hierzu einen guten Beitrag leisten.

Zur Standortsicherung gehören gute Bedingungen für Unternehmensnachfolgen und Existenzgründungen. Die Eigenmitteleinsätze für Bürgschaftsgewährungen sollten niedrig gehalten und Beratungen wohnortunabhängig gefördert werden. Der Nebenerwerb muss in den Gründungsförderungen berücksichtigt werden.

An die Landespolitik, aber auch an die Unternehmen geht die Forderung, Berufsorientierung mit den Schulen weiter zu nutzen und zu forcieren sowie das Angebot an Schülerferienpraktika zu erhöhen, um duale Ausbildungsgänge bekannter und attraktiver zu machen. Dazu gehört auch wohnortnaher Berufsschulunterricht. Dafür braucht es die Kooperationsbereitschaft der Landesregierungen, der Kreise und Kommunen – und natürlich der einzelnen Schulen.

Fazit: Ohne eine größere gesellschaftliche Akzeptanz beruflicher Bildung, abhängiger sowie selbstbestimmter Arbeit und des Unternehmertums wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Region nachhaltig geschwächt.